

Warum es keinen europäischen Bundesstaat gibt

Heinrich Kümmerle, Kreisvorsitzender der Europa-Union Heilbronn, plädiert für eine stärkere Zusammenarbeit der EU-Länder

Von unserem Redakteur
Christoph Donauer

HEILBRONN Der Zusammenhalt der EU-Länder bröckelt. Mit mehr rechten Parteien in den Regierungen der Staaten sitzen auch mehr EU-Kritiker am Verhandlungstisch. Nach den Wahlen am 9. Juni könnte sich dieser Trend auf Seiten des Europaparlaments verfestigen. Ist ein Zusammenrücken der EU-Länder hin zu einem europäischen Bundesstaat überhaupt noch denkbar? Ja, sagt Heinrich Kümmerle, Kreisvorsitzender der Europa-Union in Heilbronn. Der Verein setzt sich für diese Zukunftsvision ein.

Die Europäische Union habe von Anfang an sowohl aus Ländern be-

standen, die für einen europäischen Bundesstaat sind als auch aus Ländern, die dagegen waren. So habe Italien einen EU-Staat lange befürwortet, sei dann aber nach rechts gerückt, sagt Kümmerle. „Heute sind die Italiener die, die mit einem europäischen Bundesstaat nichts anfangen können.“ Allerdings habe das Land aus den Fehlern der Briten gelernt und wolle die EU nicht so weit schwächen, dass die Vorteile der EU-Mitgliedschaft wegfallen.

Angst um Macht Deutschland habe sich anfangs ebenfalls einen EU-Staat vorgestellt, das Vorhaben aber nie ernsthaft in Angriff genommen, egal wie sich die Bundesregierung zusammengesetzt hat. „Ich un-

terstelle den Parteien in Deutschland nicht, dass sie europaskeptisch oder -feindlich sind“, betont Kümmerle. Vielmehr überwiege in der Politik die Angst, Macht zu verlieren. „Das sieht man an unserer aktuellen Regierung, die den europäischen Bundesstaat im Programm hatte, dann aber geblockt hat, als es darum ging, mit den Franzosen den nächsten Schritt zu gehen.“

Für Kümmerle ist die Ursache eine tiefsitzende Angst vor Veränderung. Es sei der große politische Erfolg ehemaliger Bundeskanzler wie Helmut Kohl oder Konrad Adenauer gewesen, dass sie diese Angst überwunden

haben. Ihnen sei es gelungen, nicht nur ihre Partei sondern auch die Bürger zu überzeugen. „Das wird immer schwieriger, je mehr Krisen es in der Welt gibt“, sagt Kümmerle.

Für den 62-Jährigen trägt zum Unmut über die EU auch bei, dass Vorteile der Gemeinschaft als nationale Errungenschaften verkauft werden, bei Problemen aber oft mit dem Finger auf Brüssel gezeigt wird. „Das führt bei den Bürgern dazu, dass viele

Europa die Schuld geben.“ Der Brexit habe das deutlich gezeigt: Selbst als für jeden sichtbar geworden war, dass der EU-Austritt Großbritanniens ein Fehler war, habe der briti-

schen Regierung die Kraft gefehlt, den Fehler rückgängig zu machen. Ein Initiativrecht, mit dem das Europaparlament selbst Gesetze vorschlagen darf, müsse kommen. Ebenso solle die Vorgabe wegfallen, dass Beschlüsse einstimmig von allen EU-Ländern im Rat gefasst werden müssen – stattdessen soll eine Mehrheit entscheiden.

Wahlkampfgeplänkel Dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen eine Zusammenarbeit mit der rechten EKR-Fraktion nicht ausschließt, ist für Kümmerle ein Wahlkampfmanöver. Schon 2019 sei es ein Zugeständnis an die osteuropäischen Staaten gewesen, von der Leyen für das Amt zu nominieren. Nun

wolle man sie unbedingt halten, um konservative Kräfte zu besänftigen.

Kümmerle hält es trotz aller Kritik und EU-Skepsis noch immer für möglich, dass die Europäische Union künftig enger zusammenrückt. Dafür müsste eine Koalition der willigen Regierungschefs den Mut finden. „Dann wäre die Chance tatsächlich da.“ Die russische Aggression, das wirtschaftliche Erstarken Chinas und die immer heftigeren Auswirkungen des Klimawandels – all das seien Krisen, die sich nicht mehr leugnen lassen und nur von einer vereinigten EU gelöst werden können, ist Kümmerle überzeugt. „Wenn wir diesen Mut nicht aufbringen, dann wird Europa mittel- bis langfristig zerfallen.“

